

Arbeitskreis

„Integration von Menschen mit Behinderungen“

(Vorsitzender: Dr. Axel Zander, stellvertretender Vorsitzender: Klaus Jencik)

Zukunftspapier: Menschen mit Behinderung in Ostholstein

Aufgaben erkennen - Barrieren beseitigen - Teilhabe fördern -
gemeinsam Zukunft für alle gestalten

(Stand: 21.01.2009)

Ostholstein soll eine Region sein, in der *alle* Menschen, mit oder ohne Behinderung, unterschiedlichen Alters, Geschlechts oder ethnischen Hintergrunds, als Gäste, Kunden und Bürger willkommen sind und selbstverständlich ohne Barrieren am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Dieses politische Leitziel der Inklusion ist ebenso wie das Recht auf Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und das Prinzip der Barrierefreiheit in den letzten Jahren politisch und gesetzlich verankert worden: Die neue UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die im Dezember 2008 von Deutschland ratifiziert wurde, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das Bundes- und Landesbehindertengleichstellungsgesetz und das Sozialgesetzbuch IX sind Beispiele für diese veränderte Behindertenpolitik. So hat auch die Landesregierung von Schleswig-Holstein Inklusion zum politischen Leitziel der Politik im Lande erklärt.

Es gilt, diese neue Politik auch im Kreis Ostholstein aufzugreifen und unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte für unsere Region konkret umzusetzen. Dies ist eine Zukunftsaufgabe für den Kreis und die Kommunen, die nur als Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche unter der aktiven Beteiligung von Menschen mit Behinderungen bewältigt werden kann und eine abgestimmte, mittelfristige politische Strategie erfordert.

Für den Kreis Ostholstein ist dieses Thema für die Zukunft besonders bedeutsam:

1. In keinem anderen Kreis, in keiner anderen Stadt in Schleswig-Holstein leben mehr Menschen mit Behinderung als in Ostholstein. Und es ist absehbar, dass die Zahlen durch die demografische Entwicklung noch steigen werden. Ostholstein ist attraktiv für Senioren, die bereits jetzt einen überproportionalen Anteil in der Bevölkerung ausmachen. Mit zunehmendem Alter steigt auch die Wahrscheinlichkeit, eine Behinderung zu erwerben. Menschen mit Behinderungen und ihre Familien verfügen über Einkommen, konsumieren Güter und Dienstleistungen und wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Sie finden jedoch oft nicht für sie zugängliche Angebote. Es gibt keinen Ratgeber für Menschen mit Behinderung.
2. Ostholstein ist eine Gesundheitsregion mit vielen Reha- und Kureinrichtungen, die umliegenden Ort und die Infrastruktur sind jedoch nur bedingt barrierefrei.
3. Ostholstein ist eine Tourismusregion erster Güte, barrierefreie Angebote sind jedoch nur vereinzelt entwickelt und kommen in den offiziellen Informationsangeboten kaum vor.
4. Im Rahmen der Kommunalisierung ist der Kreis jetzt für die gesamte Eingliederungshilfe politisch und finanziell verantwortlich. Die Eingliederungshilfe wird aufgrund von politischen und gesetzlichen Vorgaben in den nächsten Jahren von einer überwiegend einrichtungsbezogenen Hilfe zu einer personenbezogenen Unterstützung umgebaut werden müssen.

Die **Aufgaben der Zukunft** müssen heute gestaltet und geplant werden. Die Politik ist aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen und Inklusion als zukunftsweisende Querschnittsaufgabe zu verstehen, damit aus den lösbaren Aufgaben nicht irgendwann unlösbare Probleme werden.

Deshalb schlagen wir vor:

- Die Menschen mit Behinderung in Ostholstein und die sie begleitenden Institutionen sollten im Rahmen eines **neu zu schaffenden kreisweiten Beirats für Menschen mit Behinderung** einbezogen werden. Dazu gibt es einen konkreten Vorschlag des Arbeitskreises Integration. Die erfolgreiche Arbeit des Beauftragten des Kreises für Menschen mit Behinderungen und der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen würde damit auf eine breitere Basis gestellt, die dem Umfang der Aufgabe angemessener ist.
- Das Thema Menschen mit Behinderung sollte als **Querschnittsaufgabe des Kreises in Politik und Verwaltung** strukturell verankert werden. Daher sollten der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen bzw. der künftige Beirat für Menschen mit Behinderungen ressortübergreifend direkt beim Landrat angesiedelt werden.
- Bisher gibt es im Kreis Ostholstein keine mittelfristige Gesamtstrategie für die Teilhabe behinderter Menschen in der Region. Es sollte deshalb eine **regionale Teilhabeplanung** für den Kreis als mittelfristige Gesamtstrategie mit allen Beteiligten erarbeitet werden.

Themenbereiche einer regionalen Teilhabeplanung könnten u.a. sein:

- Familie
- Bildung
- Arbeit und Beschäftigung
- Mobilität und Barrierefreiheit
- Wohnen
- Tourismus
- Gesundheit
- Weiterentwicklung der Dienstleistungsstrukturen
- Öffentlichkeitsarbeit

Wir sind sicher, dass eine kluge Politik heute viele Chancen schafft und Probleme verhindert. Gerne bieten wir Ihnen an, Sie in diesem politischen Prozess zu unterstützen und kompetent zu beraten. Der Nutzen langfristiger Planung und kompetenter Beratung wird helfen, Potentiale zu fördern: **Für alle Menschen in Ostholstein.**